

lassen, ist dieses Argument seinem Grundgedanken nach richtig, in der Formulierung jedoch nicht völlig zutreffend. Die Entscheidungsgründe hätten statt dessen klar zum Ausdruck bringen müssen, daß hier zwei verschiedene Handlungen der Klägerin vorliegen, die rechtlich und moralisch objektiv auch verschieden zu beurteilen sind, und daß es unzulässig ist, die rechtliche und moralische Beurteilung der einen Handlung (tatsächlicher Kündigungsgrund) auf die andere Handlung (Materialeinsparung) auszudehnen. Das Arbeitsgericht hat dennoch mit Recht der Klägerin die „Materialeinsparungsprämie“ für die Zeit vom 19. April bis 27. Mai 1952, deren genaue Höhe sich aus der von dem Beklagten vorgelegten Berechnung ergab, zugesprochen.

Zeitschriften

Rechtswissenschaftlicher Informationsdienst Nr. 20: N. A. Bajorodski: Die Rolle des Erfinderrechts der UdSSR bei der Entwicklung einer fortschrittlichen sowjetischen Technik; Dr. V. Vesely: Das sozialistische Urheberrecht; J. Stepina: Das neue Urheberrecht. Nr. 21: W. A. Tumanow: Was verbirgt sich hinter der „Wiedergeburt“ des Naturrechts in der gegenwärtigen bürgerlichen Jurisprudenz?; I. E. Färber: Über die Anwendung der Normen des sowjetischen sozialistischen Rechts; D. A. Kerimow: Über die Anwendung der sowjetischen Rechtsnormen.

Mitteilungsblatt der Vereinigung Demokratischer Juristen Nr. 5: K. Kretowicz: Erfahrungsaustausch der Kollegen der Rechtsanwälte; K. Raeder: Bericht über eine Gastvorlesung von Prof. Lyon-Caen über die historischen Grundlagen des französischen Arbeitsrechts; Bericht über den Internationalen Kongreß der Jugendrichter in Brüssel; Dr. G. Berger: Offene Billigung des Naziterrors durch das West-Kammergericht; Die Koreanische Verfassung.

Der Schöffe Nr. 5: G. Lischak: Die Volksvertretung als höchste Form der Mitwirkung der Werktätigen an der Leitung des Staates; W. Krutzscn: Zum Wesen der Straf rech tsprechung; H. Ranke: Grundsätze des Verfahrens zweiter Instanz; J. Grass: Die Unterschätzung der Schöffentätigkeit muß aufgehört; Kudernowsky: Diskussion mit Besuchern aus Westdeutschland. Nr. 6: F. Böhme: Die Arbeit der Justiz wird vom Ministerium angeleitet und kontrolliert; Verlauf der Diskussion zum Entwurf des Familiengesetzbuches; J. D. Perlow: Die Beteiligung der Volksbeisitzer am Volksgericht und die Arbeit mit ihnen; G. Dillhöfer: Grundzüge des Strafverfahrens — Besondere Arten des gerichtlichen Verfahrens erster Instanz; F. Kleis: Schöffen bei den Arbeitsgerichten.

Dokumentation der Zeit Nr. 80: Die Mitarbeit der Bevölkerung an dem neuen Familiengesetz.

Einheit Nr. 11: H. Barth: Gegen die Kriegspakte — für ein einheitliches, friedliebendes, demokratisches Deutschland; W. Zastrow: Die Lage in Südostasien; K. Nier: Zu den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über das Verbot von Atom-, Wasserstoff- und anderen Massenvernichtungswaffen.

Neue Welt Nr. 19: I. Kon: Die marxistische Ethik und das Problem der Pflicht. Nr. 21: A. Leontjew: Über das friedliche Nebeneinanderleben der beiden Systeme.

Neue Zeit Nr. 41: E. Varga: Von der friedlichen Koexistenz der beiden Systeme. Nr. 42: J. Korowin: Eine neue Tarnung der Aggressoren (zum SEATO-Pakt); A. Maltz: Die McCarthyistische Gefahr.

Demokratischer Aufbau Nr. 11: W. Schmidt: Die Pflichten der Verwaltungsfunktionäre aus dem Staatsanwaltschaftsgesetz; H. Leichtfuß: Bemerkungen zu Professor Heckeis „Kleinem Verwaltungskatechismus“; Dr. G. Irmisch: Die Aufgaben der Räte der Bezirke bei der Reorganisation der volkseigenen Baubetriebe; H. J. Zietz: Wie wurde die Verordnung über die Prüftug von Vorschlägen und Beschwerden bisher verwirklicht?

Die Volkspolizei Nr. 19: H. Ramsch: Die Abwehr von Gefahren in der Öffentlichkeit; C. O. Müller: Korrektes und sicheres polizeiliches Einschreiten; G. Wackernagel: Mehr Aufmerksamkeit der Hetzschriften- und Gerüchteverbreitung; R. Schädlich: Aufklärungsmöglichkeiten sind immer vorhanden; W. Lehnort: Einige Lehren aus der Bekämpfung der Hetzschriftenverbreitung; R. Hagenow: Zu einigen Fragen der Abgrenzung zwischen Staatsverbrechen und anderen staatsgefährdenden Delikten; Kraftfahrzeugdiebstahl; Unterliegen Hunde von Wilddieben der Einziehung? Nr. 20: G. Lobe: Einige Bemerkungen zur Jugendkriminalität; Mostetzy: § 106 StPO keine Formsache; E. Pfeifer: Was die Kriminaltechnik vermag; H. Sachse: Am Tatort richtig verhalten; Die ungarische Polizei im Kampf gegen die Jugendkriminalität.

Arbeit und Sozialfürsorge Nr. 20: Die Verhandlungsfrist der Konfliktkommissionen (gemeinsame Erklärung des Ministeriums für Arbeit, Abt. Arbeitsrecht, und des FDGB-Bundesvorstandes, Abt. Arbeitsrecht); G. Schaum: Arbeits- und Lebensbedin-

gungen der Landarbeiter in Deutschland; Die Folgen des Nichterscheinens vor der Konfliktkommission. Nr. 21: F. Fischer: Die Behandlung von Ausnahmeernehmungen von den Vorschriften der Arbeitsschutzbestimmungen; R. Kranke: Die Konfliktkommission ist kein „Betriebsarbeitsgericht“; Dr. Th. Kunz: Das Beweisverfahren vor den Beschwerdekommis-sionen der SV; H. Ilse: Was man von den Gerichtskosten im arbeitsgerichtlichen Verfahren wissen muß; Die Berufungs-begründung (Beschluß des Bezirksarbeitsgerichts Magdeburg).

Die Wirtschaft Nr. 37: E. Freund: Der innerdeutsche Handel. Nr. 39: J. Helmsen: Formen und Ziele des „Miteigentums“ (Praktiken zur Verschleierung und Erhöhung der kapitalistischen Ausbeutung in Westdeutschland). Nr. 40: R. Eckelt: Unduldsamkeit in Qualitätsfragen (Güterichtlinien müssen Grundlage der Vertragsabschlüsse werden); H. Fritz/R. Berger: Über-planbestände hemmen Zahlungsverkehr; Dr. Hofmann: Umsatzsteuerfreiheit für Exportbetriebe.

Deutsche Finanzwirtschaft Nr. 18: Anweisung über das Zwangs-einziehungsverfahren gegen Betriebe der volkseigenen Wirtschaft; F. v. Basse: Der Rückauftrag. Nr. 19: F. Tomuschek/K. Franzke: Abrechnung langfristiger Einzelfertigungen. Nr. 20: Dr. H. Loch: Eine weitere Maßnahme zur Förderung des Wohnungsbaues; Dr. F. Zschüntzsch/W. Stoll: Grundsätzliche Bemerkungen zur Verbesserung unseres Kreditystems. Nr. 21: Dr. Gittel: Der Verkauf volkseigener Eigenheime und Siedlungshäuser; R. Illgen: Über die Zweckmäßigkeit der gegenwärtigen Methode der Kreditierung beim RE-Verfahren; MdF, HV Wirtschaft: Die richtige Errechnung der Verspätungszinsen; H. Grüttner: Um den Rückauftrag.

Erfindungs- und Vorschlagswesen Nr. 18: D. Eilemann: Ver-jährung und Verwirkung von Vergütungsansprüchen; Dr. F. Müller: Kritische Bemerkungen zum Patenterteilungs-verfahren. Nr. 19: G. Becker: Kollektivvorschläge — Kollektiv-vergütungen (III); E. Siep: Warum Kollektivvergütungen auch für nicht kollektiv erarbeitete Verbesserungsvorschläge? G. Barth: Vergütungsanteile bei Verbesserungsvorschlägen eines Kollektivs; G. Droggan: Kennzeichnungspflicht nach dem Warenzeichengesetz und nicht eingetragene Warenzeichen. Nr. 20: Dr. Eilemann: Verbesserungsvorschläge bei Investitionsvorhaben; Dr.-Ing. J. Claussnitzer: Über die gesellschaftliche Bedingtheit und Bedeutung des Patentes. Nr. 21: H. Erasmus: Erfinder- und Warenzeichenschutz in der Volksrepublik Rumänien; U. Schneider: Bedeutung und Anwendung des Geschmacksmusters in der Industrie; G. Droggan: Die Pflicht zur Offenbarung von Erfindungen.

Das deutsche Gesundheitswesen Nr. 41: K. Henzel: Sozialrechtliche Gesichtspunkte bei der Erstattung ärztlicher Gutachten im Entmündigungsverfahren.

Berichtigung

In dem Beitrag „Die Bearbeitung von Beschwerden im Rahmen der Allgemeinen Aufsicht“ von Schmidt (NJ 1954 S. 488, linke Spalte, 2. Abs.) findet sich die Bemerkung, daß im Falle der Pfändung unpfändbarer Gegenstände i. S. des § 811 ZPO wegen einer Steuerschuld durch die Unterabteilung Abgaben beim Rat des Kreises der Rechtsbehelf der Erinnerung gemäß § 766 ZPO gegeben sei. Diese Darstellung beruht auf einem Irrtum. Vielmehr hat in einem solchen Fall der Betroffene gemäß § 4, 3 Abs. 2 der 1. DB zur VO über die Rechte der Bürger im Verfahren der Erhebung von Abgaben vom 4. Juli 1953 (GBl. S. 867) die Möglichkeit, sich binnen 14 Tagen bei der Unterabteilung Abgaben des Rates des Kreises zu beschweren.
Dj_c Redaktion

Wir empfehlen zu lesen:

Verteidigung der demokratischen Freiheiten

Referate und Dokumente
der Internationalen Juristenkonferenz Wien 1954

300 Seiten Preis 2,80 DM

Bestellungen nehmen das Buchhaus Leipzig, Leipzig Cl,
Querstraße 4—5, unter Voreinsendung des Betrages oder
die Bezirksverbände der VJJD entgegen.

Herausgeber: Das Ministerium der Justiz, das Oberste Gericht, der Generalstaatsanwalt der Deutschen Demokratischen Republik. — Verlag: (4) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin. Fernsprecher: Sammel-Nr. 67 64 11. Postcheckkonto: 140 9 25. Chefredakteur: Hilde Neumann, Berlin NW 7, Clara-Zetkin-Str. 93. Fernspr.: 232 1605, 232 1611 u. 232 1646. — Erscheint monatlich zweimal — Bezugspreis: Einzelheft 1,20 DM. Vierteljahresabonnement 7,20 DM einschl. Zustellgebühr. In Postzeitungsliste eingetragen. — Bestellungen über die Postämter, den Buchhandel oder beim Verlag. Keine Ersatzansprüche bei Störungen durch höhere Gewalt. — Anzeigenannahme durch den Verlag. Anzeigenberechnung nach der zur Zeit gültigen Anzeigenpreislite Nr. 4. — Veröffentlicht unter der Lizenznummer 1001 des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik. — Druck: (505) MDV Druckhaus MiChaelkirchstraße.